

Matthias Schmelzer/ Alexis Passadakis

Postwachstum



Krise, ökologische Grenzen und soziale Rechte

Matthias Schmelzer/Alexis Passadakis
Postwachstum

Matthias Schmelzer, aktiv bei Attac, studierte Geschichtswissenschaft, Politik und Philosophie an der Humboldt-Universität Berlin und der University of California, Berkeley, und promoviert derzeit an der Europa-Universität Viadrina zum Wachstumsparadigma und der OECD.

Alexis J. Passadakis, Mitglied im Koordinierungskreis von Attac, studierte Politikwissenschaften (M.A. Global Political Economy/Sussex) und arbeitet zu den Themen Demokratisierung öffentlicher Dienstleistungen, Wachstumskritik und Klimagerechtigkeit.

AttacBasisTexte 36

**Matthias Schmelzer/
Alexis Passadakis
Postwachstum**

VSA: Verlag Hamburg

www.attac.de

www.postwachstum.net

www.vsa-verlag.de

© VSA: Verlag 2011, St. Georgs Kirchhof 6, 20099 Hamburg
Titelfoto: InhaberIn der Bildrechte konnte nicht ermittelt werden, deren
Urheberrecht wird ausdrücklich anerkannt.
Alle Rechte vorbehalten
Druck- und Buchbindearbeiten: freiburger graphische betriebe
ISBN: 978-3-89965-429-5

Inhalt

| | |
|--|----|
| 1. Einleitung | 7 |
| 2. Eine kurze Geschichte von Wachstum und Krisen | 13 |
| Das »goldene Zeitalter« des Wachstums | 14 |
| Die Krise des fordistischen Wachstumsregimes | 16 |
| Das neoliberale Wachstumsmodell | 18 |
| 3. Ohne Wachstum ist alles nichts? | |
| Wachstum als hegemoniales Konzept | 20 |
| Ermöglicht Wachstum ein gutes Leben? | 22 |
| Verringert Wachstum Ungleichheit und Armut? | 25 |
| Verringert Wachstum Massenarbeitslosigkeit? | 27 |
| Ermöglicht Wachstum Umweltschutz? | 28 |
| 4. Ist nachhaltiges Wachstum möglich? | |
| Öko-Keynesianismus und Mythos Entkopplung | 31 |
| Ein neues Akkumulationsregime? | |
| Ökokeynesianismus und Green New Deal | 31 |
| Faktor X? Entkopplung von Wachstum und Umweltzerstörung bzw. Ressourcenverbrauch | 33 |
| Mission impossible: Entkopplungsstrategien auf dem Prüfstand | 36 |
| Wie in der globalisierten Ökonomie die Verantwortung für Klimawandel outgesourct wird | 37 |
| CO ₂ runter, Wachstum rauf? Klimawandel als grundlegende Herausforderung | 38 |
| Peak Oil: Von der Knappheit zum Mangel | 41 |
| 5. Triebkräfte des Wachstums | 46 |
| Wachstumstheorie in den Wirtschaftswissenschaften | 46 |
| Akkumulation und Profit in der Wachstumsspirale | 47 |
| »Kapitalismus als Fahrrad«: Wachstum und Stabilität | 50 |
| Tauschwertorientierte Produktion und Streben nach Mehr ... | 51 |

| | |
|---|----|
| »Reproduktion gratis« | |
| Externalisierung, Fossilismus und Patriarchat | 53 |
| Kredit, fiktives Kapital und Wachstum | 54 |
| Staatenkonkurrenz | 56 |
| 6. Wachstumskritische Debatten | 58 |
| Was ist Wachstumskritik? | 58 |
| Konjunkturen der Wachstumskritik | 60 |
| Wachstumskritik und Postwachstum – ein umstrittenes Feld | 63 |
| 7. Solidarische Postwachstumsökonomie | 67 |
| Globale Klimagerechtigkeit: | |
| Umverteilung von Entwicklungschancen | 68 |
| Reduce to the max: Zwei Drittel des BIP reichen | 71 |
| Makroökonomie des Schrumpfens | 73 |
| 1. Solidarische Ökonomie, Keimzellen, Commons 74 2. Investi- tionslenkung 76 3. Schrumpfung und Regulierung der Finanz- märkte 79 4. Weniger und anders arbeiten 80 5. Demokra- tische Wirtschaftspolitik 82 6. Umverteilung und Sicherung des Sozialen 84 7. Lokalisierung und Deglobalisierung 86 | |
| Aujourd'hui la Décroissance: Solidarische Lebensweise statt Bionade-Bourgeoisie | 88 |
| 8. Perspektiven einer solidarischen politischen Ökonomie | 90 |
| Literatur | 93 |

1. Einleitung

*»Sie sägten die Äste ab, auf denen sie saßen
Und schrieen sich zu ihre Erfahrungen
Wie man schneller sägen könnte, und fuhren
Mit Krachen in die Tiefe, und die ihnen zusahen
Schüttelten die Köpfe beim Sägen und
Sägten weiter«
Bertolt Brecht*

Tausende von Demonstrierenden zogen Anfang Juni 2007 an der deutschen Ostseeküste durch blühende Felder, um die Zufahrtsstraßen des G8-Gipfels in Heiligendamm zu blockieren. Die durchaus erfolgreichen Proteste der globalisierungskritischen Bewegung in Rostock setzten einen Schlusspunkt unter den Zyklus von Gipfelprotesten, der 1999 mit der Belagerung der Ministerkonferenz der Welthandelsorganisation (WTO) in Seattle losgetreten worden war. Inhaltlich hatte der Gipfel 2007 kaum historische Bedeutung. Erst rückwirkend – nach dem Ausbruch der Weltwirtschaftskrise – zeigte sich die ungewollte Ironie der Abschlusserklärung einer »Agenda für globales Wachstum und Stabilität«. Denn gleichzeitig, auch in den Sommertagen des Jahres 2007, begannen in den Medien in den USA Nachrichten aufzutauchen, dass ungewöhnlich viele Immobilienkredite nicht bedient werden konnten und platzten. In den folgenden Monaten geriet die Anhäufung von Kapital auf den zentralen Finanzplätzen in New York und London zunehmend ins Stocken. Für die globale Öffentlichkeit kam der große Paukenschlag allerdings erst am frühen Montagmorgen des 15. September 2008: Lehman Brothers, die viertgrößte Investmentbank an der Wall Street, meldete Insolvenz an. Am selben Tag verkündete die Bank of America, die Rivalin und drittgrößte Investmentbank, Merrill Lynch für 30,7 Mrd. Dollar zu übernehmen. Spätestens seit diesem Zeitpunkt begann sich die Finanzkrise Schlag auf Schlag zur tiefsten Krise der Weltwirtschaft auszuweiten. In der Bundesrepublik brach 2009 das Wirtschaftswachstum um 5% ein. In den

USA schnellte die Zahl der Menschen, die Lebensmittelmarken beziehen müssen, bis auf über 44 Millionen im März 2011 hoch – Tendenz steigend. Die Zahl der Hungernden weltweit ist inzwischen auf katastrophale eine Milliarde gestiegen.

Ebenfalls 2007, nämlich Anfang Dezember in Bali, und weitgehend unterhalb des Radars der globalen Öffentlichkeit, gründete sich während des UN-Klimagipfels ein neues Netzwerk von sozialen Bewegungen und Nichtregierungsorganisationen: Climate Justice Now (CJN, www.climate-justice-now.org). Die Entstehung dieser neuen Vernetzung war Ausdruck einer zunehmenden Kritik sowohl an dem politischen Prozess als auch den Instrumenten der UN-Klimaverhandlungen. Nur durch politischen Druck sozialer Bewegungen für grundsätzlich andere Verhältnisse von Produktion und Konsum könne es in den Bereich des Möglichen rücken, die Klimakrise tatsächlich abzubremesen, so die Analyse. CJN sollte recht bekommen: An dem eiskalten 20. Dezember 2009 ließen die Regierungen in Kopenhagen den bisher aufwendigsten und mit 45.000 akkreditierten Personen größten Klimagipfel spektakulär kollabieren. Appelle zivilgesellschaftlicher Organisationen nützten nichts. In einer Welt mit harter Konkurrenz der Staaten um jedes Zehntelprozent Wachstum gibt es keinen Platz für eine effektive – geschweige denn gerechte – Klimapolitik.

Einige der älteren Mitglieder von Attac Japan können sich noch gut daran erinnern, wie sie vor 40 Jahren als junge UmweltaktivistInnen gegen die Enteignung einiger Fischerdörfer an der Ostküste zum Bau einer Atomkraftanlage protestierten. Seit dem 11. März 2011 mussten sie nun mit ansehen, wie das Restrisiko des globalen atomaren Großexperiments an genau diesem Ort, in Fukushima, zur bitteren Realität wurde. Die Atomkatastrophe von Fukushima in Japan hat 25 Jahre nach Tschernobyl weltweit die Gefahren der Atomkraft auf die internationale Agenda gesetzt. Sie ist ein tiefer Einschnitt für die energiepolitischen Konzeptionen vieler Regierungen, denn Atomenergie ist ein substanzieller Bestandteil im jeweiligen Energiemix aller Industrie- und Schwellenländer. Sie ist aber auch eine Zivilisationskrise. Eine Krise der Gesellschaften, die auf unkontrollierbare Großtechnologien und destruktive Energieformen angewiesen

sind, um kontinuierliches Wirtschaftswachstum zu befeuern. Denn der mit dem Wachstum des zerstörerischen Wohlstands zunehmende Bedarf an Energie kann nur gedeckt werden durch Techniken, die – wie Atomkraft oder aber auch fossile Kraftwerke – den Tod von Tausenden von Menschen in Kauf nehmen.

»Abschalten sofort – und zwar weltweit!« ist die richtige Reaktion der Anti-Atombewegung auf den GAU in Japan. Gleichzeitig bedeutet ein rasches Abschalten, dass sich tatsächlich die Verfügbarkeit von Primärenergie verknappt. Und wenn wir uns nicht dem vermeintlichen Sachzwang ergeben, nur zwischen einer atomaren oder klimatischen Zerstörung des Planeten wählen zu können, dann stellen die zerstörten Reaktoren an der japanischen Küste das Paradigma des wachstumsbasierten Wirtschaftens unnachgiebig infrage.

Für einige Beobachter signalisiert der Zusammenbruch der Lehman Brothers-Bank und der effektive Kollaps der internationalen Klimaabkommen den eigentlichen Beginn des 21. Jahrhunderts, denn beide Ereignisse werden die politischen und ökonomischen Rahmenbedingungen der nächsten Dekaden entscheidend prägen. Hinzu kommt nunmehr der historische Einschnitt der Fukushima-Katastrophe. Ein Jahrhundert ist lang, aber dennoch ist dies eine kluge, wenn auch düstere Vorahnung. Denn sowohl die Weltwirtschaftskrise als auch die umfassende Biokrise (Erderwärmung, Verlust der biologischen Vielfalt, Desertifizierung etc.) haben einen Zusammenhang: die Dynamik und Wirkung wirtschaftlichen Wachstums.

Die umfassende Biokrise auf diesem Planeten ist sowohl eine Folge als auch eine Grenze profitgetriebener ökonomischer Expansion. Eine der zentralen Ursachen der ökologischen Krise liegt in kontinuierlicher wirtschaftlicher Expansion: Wachstum im globalen Norden (und zunehmend auch in Schwellenländern) wird erkaufte mit einer nie da gewesenen Zerstörung der Umwelt, mit zunehmender Ungleichheit und Armut, mit Millionen von Flüchtlingen aufgrund von Wetterextremen und blutigen Ressourcenkriegen wie im Irak. Gleichzeitig stößt kapitalistisches Wachstum zunehmend an ökologische Grenzen wie die Endlichkeit fossiler Ressourcen und die beschränkte Aufnahmefähigkeit

der Atmosphäre für Kohlenstoff. Im Jahr 2010 waren die globalen ökologischen Kapazitäten bereits nach knapp acht von zwölf Monaten aufgebraucht, der so genannte Overshoot Day war bereits am 21. August. Im Jahr 2011 wird er noch einige Tage früher erreicht sein. Dabei sind die Ursachen und Folgen sehr ungleich verteilt: Menschen in den hundert am fatalsten von der Klimakrise betroffenen Ländern des Südens verursachen nur etwa 3% der weltweiten Treibhausgasemissionen. Würden alle so produzieren und konsumieren wie in der Bundesrepublik im Durchschnitt, so wären die jährlich verfügbaren Ressourcen bereits im Mai des Jahres aufgebraucht. Die Frage nach der Zukunft des Wachstums stellt sich heute mit einer neuen Dringlichkeit.

In diesem Kontext eines ungebremsten umweltzerstörenden Wirtschaftswachstums auf Basis fossiler Energien und eines dramatisch instabilen finanzmarktkapitalistischen Wachstumsmodells haben die Auseinandersetzungen um eine Ökonomie jenseits des Wachstums eine neue Dynamik gewonnen. In Frankreich, Spanien und Italien gibt es lebendige soziale Bewegungen, die sich für »décroissance«, »decrecimiento« oder »decrecita« einsetzen, was sich mit »Wachstumsrücknahme« oder »Entwachsen« mehr schlecht als recht übersetzen ließe. In Lateinamerika streiten insbesondere indigene Bewegungen für »buen vivir«, »gutes Leben.« Sie bekämpfen das extraktivistische, d.h. auf Förderung von Rohstoffen und Plünderung natürlicher Ressourcen beruhende Wachstumsmodell.

In dem breiten globalisierungskritischen Netzwerk Attac gibt es zweifelsohne unterschiedliche Positionen zur Frage des Wirtschaftswachstums. Wir, die Autoren dieses Basistexts, plädieren für eine Solidarische Postwachstumsökonomie. Unser Konzept der Postwachstumsökonomie hat dabei nicht den Anspruch, eine umfassende Systemalternative zu skizzieren. Es geht uns vielmehr darum, eine aus unserer Sicht notwendige Fluchtlinie unter weiteren zu zeichnen, die Teil des Horizonts einer anderen Ökonomie und Gesellschaft in einer anderen möglichen Welt sein sollte. Der Begriff Postwachstumsökonomie oder -gesellschaft an sich ist allerdings sozial neutral. Es können sich sowohl sozial und ökologisch gerechte als auch neoliberale und/oder

reaktionäre politische Projekte damit verbinden lassen. Der neo-liberale und inzwischen wachstumskritische Chef der Denkfabrik »Denkwerk Zukunft«, CDU-Mitglied Meinhard Miegel, beispielsweise behauptet, dass der Sozialstaat der wesentliche Wachstumstreiber sei und daher abgeschafft gehöre – die Familie solle dann wieder alle Aufgaben des Sozialsystems übernehmen, so seine Vorstellung. Also zurück ins 19. Jahrhundert. Auch einige Spielarten ökologischer Wachstumskritik werfen die Frage auf, ob es tatsächlich um bessere Lebensbedingungen für alle geht, oder ob die ökologische Krise lediglich ein Hebel dafür ist, die ökonomischen Interessen Weniger auf dem Wege des Verzichts der Vielen zu verteidigen.

Deshalb versuchen wir auf den folgenden Seiten, die Fluchtlinien einer Solidarischen Postwachstumsökonomie zu skizzieren. Unser Ausgangspunkt ist dementsprechend die globale soziale Ungleichheit und Ungerechtigkeit. Diese ist immer auch verbunden mit ökologischer Ungleichheit und Ungerechtigkeit. Denn die Lebensweise der globalen Mittel- und Oberschicht ist eine imperiale, welche enorme Ressourcen aus der ganzen Welt ansaugt und die Abfälle ebenso global verteilt – eine kosmopolitische Plünderungsökonomie. Folglich ist es das Ziel unserer Wachstumskritik, einen Beitrag dazu zu leisten, soziale Rechte, die ein gutes Leben für alle weltweit ermöglichen, durchzusetzen: in Nord und Süd, heute und in Zukunft. Dies – so werden wir argumentieren – gelingt nur, wenn die Volkswirtschaften im Norden tatsächlich schrumpfen, um dann unter neuen Rahmenbedingungen in einen dynamisch-stabilen Zustand überzugehen.

Dieser Basistext beginnt mit einem kurzen historischen Abriss über die unterschiedlichen Wachstumsregime des Fordismus und Neoliberalismus und ihre Krisen (Kapitel 2). Es folgt eine kritische Diskussion der am meisten genannten Begründungen, warum Wirtschaftswachstum angeblich notwendig ist und gesellschaftliche Probleme löst. Wir halten die Begründungen für wenig überzeugend (Kapitel 3). Daher fragen wir in Kapitel 4, ob nicht andere Formen des Wachstums möglich sind, die weniger kri-

senanfällig oder zumindest wesentlich weniger naturzerstörend sind, ob also »nachhaltiges«, »ökologisches« oder »soziales« Wachstum eine Option darstellt. Hier argumentieren wir, dass nicht nur Wachstum, wie wir es kennen, sondern Wachstum an sich das Problem und nicht die Lösung ist. In Kapitel 5 schauen wir uns genauer an, was überhaupt die Triebkräfte des Wachstums sind und fragen, ob eine schrumpfende und auf einem ökologisch verträglichen Niveau stabilisierte Ökonomie ein Ende des kapitalistischen Wirtschaftssystems in all seinen Formen zum Ergebnis hat. Kapitel 6 gibt eine kurze Einführung in Wachstumskritik, erläutert zentrale Begriffe und unterschiedliche politische Strömungen. Und in Kapitel 7 schließlich skizzieren wir Elemente einer Solidarischen Postwachstumsökonomie.¹

¹ Dieser Basistext wurde durch Diskussionen mit und Hinweise Vieler ermöglicht. Besonderer Dank gilt Andrea Vetter, Lena Bröckl, Max Bank, Matthias Fischer, Fabian Scheidler, Markus Henn, Maren Schlierkamp sowie der AG Degrowth von Attac Berlin.

8. Perspektiven einer solidarischen politischen Ökonomie

Während dieser kurze Text (Frühjahr 2011) erscheint, finden weltweit – so ist zu lesen – mehr Proteste und Revolten statt als im Jahre 1968. Gesellschaften sind – nicht zuletzt aufgrund der Verwerfungen durch die Weltwirtschaftskrise – in Bewegung gekommen. Gleichzeitig steigt die Zahl der Auseinandersetzungen um den Zugang zu natürlichen Ressourcen, wenn etwa indigene Gruppen wie in Peru die Ölförderung in ihren Gebieten verhindern und die Ressourcen- und Nahrungsmittelpreise von einem historischen Höchststand zum nächsten steigen. Und wie der Super-GAU in Tschernobyl ist auch das Desaster in Fukushima ein historischer Bruchpunkt für das Weltenergiesystem. Die globale Atomindustrie und ihre Pläne für den Neubau von weiteren Kraftwerken stehen unter enormen Legitimationsdruck. In einigen Ländern könnte dieser Sektor völlig zur Disposition stehen. Angesichts der nuklearen Katastrophe in Japan wird die internationale Anti-Atombewegung in den kommenden Monaten und nächsten Jahren erheblich an Stärke zulegen.

Seit dem Weltsozialforum in Belém 2009 sprechen zwar indigene Bewegungen von der »Zivilisationskrise« als Bezeichnung der multiplen Krisentendenzen im Bezug auf die Ökonomie, Ökologie und demokratische Repräsentation. Anders als Ende der 1960er Jahre ist heute jedoch international keine gemeinsame Erzählung erkennbar, auch wenn die Revolten in Nordafrika in beeindruckender Weise die universalistischen Ideen von Demokratie und sozialer Gerechtigkeit mit Leben gefüllt haben.

Eine neue »große Erzählung« von menschlicher Emanzipation, der kommende Bewegungszyklus, müsste die ökologische und die soziale Frage zusammenbringen. Eine ihrer Fluchtlinien könnte als Projekt eines universalistischen Egalitarismus die solidarische Postwachstumsökonomie sein.

Denn – dies soll noch einmal betont werden – die Lebensweise der globalen KonsumentInnenklasse lässt sich nicht ver-

allgemeinern – sie basiert auf der imperialen Übernutzung des endlichen globalen Umweltraums und führt auch im Norden zu Ungleichheit und Krisen. Da die für eine global gerechte Lebensweise notwendigen Einsparungen auf Dauer kaum durch einen vor allem auf technologischen Lösungen basierenden »grünen« Wachstumskurs zu erreichen sind, steht die Wachstumsökonomie samt ihrer gesellschaftlichen Institutionen zur Disposition. Dies eröffnet Raum, grundlegend zu fragen, zu analysieren und zu träumen: Wie wollen wir leben, warum arbeite ich, welche Bedürfnisse hast Du, und was wollen wir produzieren? Warum soll die Ökonomie überhaupt wachsen, wer profitiert, und wie lässt sich das verändern? Wie könnte eine Gesellschaft, wie menschliche und ökonomische Beziehungen jenseits des Wachstums gestaltet werden, um soziale Rechte weltweit für alle, heute und in Zukunft zu verwirklichen? Einige Anregungen stehen in diesem Basistext.

Die daraus folgende notwendige Frage ist: Was tun? Den einen Hebel, um aus der Wachstumsökonomie auszusteigen, gibt es nicht. Stattdessen sind komplexe Veränderungen der Produktions- und Konsumweise Schritt für Schritt durchzusetzen. Wie mit einigen Schlaglichtern angedeutet, müssen neue wirtschaftspolitische Konzepte entworfen und neue solidarische Lebensweisen ausprobiert werden.

Eine solidarische Postwachstumsökonomie kann man sich allerdings nicht einfach herbeiwünschen, noch durch ausgefeilte Lobbystrategien auf den Weg bringen. Dazu sind die politischen und ökonomischen Interessen zu unterschiedlich. Ohne eine konfliktive Durchsetzung geht es daher nicht. Wer soll ein solches Projekt schließlich ins Werk setzen? Notgedrungen fällt die Antwort vage aus, denn eine Koalition von gesellschaftlichen Akteuren, die sich für eine ökologisch-solidarische Lebensweise in einer Ökonomie jenseits des Wachstums aussprechen, gibt es (bisher) nicht. Stattdessen sitzen in Europa die Akteure, die das neoliberale finanzmarktgetriebene Globalisierungsmodell verfolgt haben, weiterhin fest im Sattel: Die Banken haben ihre strukturelle Macht ausgeweitet und es wird, insbesondere vorangetrieben von Berlin, mittels der EU-Institutionen eine strikte

Kürzung- und Sozialkahlchlagspolitik betrieben. Im Zusammenhang dieser Austeritätspolitik wird auch ein Teil der sozialen Infrastruktur beseitigt, die Anknüpfungspunkte für eine Ökonomie sind, die privaten Konsum durch die kollektive Bereitstellung von Gütern ersetzt: In Griechenland wird der öffentliche Bus- und Zugverkehr massiv reduziert, in Irland werden Schulen geschlossen – angeblich damit die Schulden zurückgezahlt werden können. Von dieser Ausgangssituation zu einer neuen Wirtschaftsweise ohne Wachstum zu kommen, ist denkbar ungünstig. Dennoch gibt es Einstiegsprojekte für eine solidarische Postwachstumsökonomie, die unmittelbar angegangen werden können: lokale Energiedemokratie, mit Stadtwerken in BürgerInnenhand, die zum Ziel haben, immer weniger Energie produzieren zu müssen, Projekte der Solidarischen Landwirtschaft (CSA), die fossilistische Wertschöpfungsketten hinter sich lassen, kostenlosen ÖPNV statt privater Automobilität, Schritt für Schritt eine weitgehende Arbeitszeitverkürzung und steuerfinanzierte demokratisch-kontrollierte Investitions- und Desinvestitionsprogramme in nicht-profitable, aber notwendige soziale und ökologische Güter. So wie die Wirtschaftskrisen Anfang der 1930er und in den 1970er Jahren neue Wirtschaftsweisen und Formen der Regulierung hervorgebracht haben, so wird es sich auch mit der aktuellen Krise verhalten. Diese Chance sollten wir nicht ungenutzt lassen.